

## Strafrecht in Krise und Insolvenz

von  
Dr. Christian Pelz

2., neu bearbeitete Auflage

Strafrecht in Krise und Insolvenz – Pelz

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Strafgesetzbuch



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 60006 7

# beck-shop.de

Strafverteidigerpraxis  
Schriftenreihe für den Verteidiger

Herausgegeben von

Dr. Klaus Leipold  
Rechtsanwalt in München

Prof. Dr. Gunter Widmaier  
Rechtsanwalt in Karlsruhe

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Volk  
o. Professor, Universität München

Dr. Stefan Beukelmann  
Rechtsanwalt in München

**beck-shop.de**

# beck-shop.de

## Strafrecht in Krise und Insolvenz

von

*Dr. Christian Pelz*

Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Strafrecht  
Fachanwalt für Steuerrecht  
München

2., neu bearbeitete Auflage



Verlag C.H. Beck München 2011

# beck-shop.de

Verlag C.H. Beck im Internet:  
**beck.de**

ISBN 978 3 406 60006 7

© 2011 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Uhl + Massopust, Aalen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

# beck-shop.de

## Vorwort für die 2. Auflage

Seit Erscheinen der 1. Auflage dieses Buches hat die Bedeutung des Insolvenzstrafrechts sowohl in der strafrechtlichen Präventivberatung (Criminal Compliance) als auch im Bereich der Strafverfolgung erheblich an Bedeutung zugenommen. Dies liegt nicht nur an der steigenden Zahl von Insolvenzen, sondern auch an der besseren Schulung und Ausbildung der Strafverfolgungsbehörden. Angesichts der Ausweitung des Katalogs derjenigen Delikte, die zur Amtsunfähigkeit von Geschäftsführern oder Vorständen führen, lässt sich schon jetzt prophezeien, dass um die Verwirklichung von Insolvenzstraftaten im Ermittlungs- und Strafverfahren noch härter gerungen werden wird als bisher.

Durch eine Vielzahl von Gesetzesvorhaben, namentlich durch das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) sowie das Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurde das Insolvenzrecht in weiten Bereichen umgestaltet und tiefgreifend verändert. Die Diskussion darüber, was das für das Insolvenzstrafrecht bedeutet, hat gerade begonnen. Erste Äußerungen und Entscheidungen zeigen, dass die Gesetzesänderungen große Folgewirkungen für das Insolvenzstrafverfahren nach sich ziehen. Es steht zu erwarten, dass sich bei der strafrechtlichen Aufarbeitung von Insolvenzfällen in den nächsten Jahren eine große Kluft zwischen dem materiellen Gesellschafts- und Insolvenzrecht einerseits sowie dem Insolvenzstrafrecht andererseits auf tun wird.

Das Buch wurde gründlich überarbeitet und auf den neuesten Stand von Literatur und Rechtsprechung gebracht. Angesichts der großen Bedeutung, der ausländischen Insolvenzen und ausländischen Gesellschaften zukommt, wurde dem internationalen Insolvenzstrafrecht ein eigenes Kapitel gewidmet. Der Inhalt der Darstellung von Rechtsprechung und Literatur findet sich auf dem Stand von Juni 2010. Für Anregungen und Anmerkungen und für Hinweise auf nicht veröffentlichte Entscheidungen bin ich jederzeit dankbar. Ich hoffe, dass dieses für die Praxis geschriebene Werk weiterhin so gut aufgenommen wird.

Besonderen Dank schulde ich meiner Frau Rachel für die große Unterstützung bei der Überarbeitung des Buches und den vielen fruchtbaren Diskussionen, sowie Theresa und Matthias, die während der Dauer der Arbeit an dieser Neuauflage oftmals auf ihren Vater verzichten mussten.

München, im Herbst 2010

*Christian Pelz*

# beck-shop.de

## Vorwort

Die neue Insolvenzordnung ist seit mittlerweile fünf Jahren in Kraft. In demselben Zeitraum nahm nicht nur die Anzahl der Insolvenzen sprunghaft zu, sondern es ereigneten sich auch viele spektakuläre Unternehmenszusammenbrüche. Mit der entsprechenden zeitlichen Verzögerung wird sich dies auch in einer steigenden Anzahl strafrechtlicher Ermittlungsverfahren und schließlich auch Verurteilungen niederschlagen. Insolvenzstrafverfahren werden daher eine zunehmend wichtigere Rolle im Bereich des Wirtschaftsstrafrechts spielen.

Seit Inkrafttreten der Insolvenzordnung ist die insolvenzrechtliche Literatur zur neuen Gesetzeslage unübersehbar angewachsen. In der zivilrechtlichen Judikatur beginnt sich mittlerweile die Auslegung der neuen Vorschriften zu festigen. Höchstgerichtliche oder obergerichtliche Entscheidungen zum Insolvenzstrafrecht sind bislang jedoch nur vereinzelt ergangen. Inwieweit die Änderungen durch die Insolvenzordnung zu erheblichen Verschärfungen in der strafgerichtlichen Praxis führen werden, kann noch nicht endgültig abgesehen werden, wenngleich dies zu erwarten ist.

Soweit sich die Literatur mit Insolvenzstrafrecht befasst, erfolgt dies hauptsächlich aus der Sicht von Staatsanwälten oder Insolvenzverwaltern. Literatur für den Strafverteidiger fehlt bislang. Diese Lücke versucht dieses Werk zu schließen. Es wendet sich in erster Linie an den Strafverteidiger, der mit Fragen des Insolvenzstrafrechts befasst ist. Aber auch Staatsanwälte, Strafrichter oder Insolvenzverwalter werden dieses Werk gewinnbringend nutzen können. Es ist auf die spezifischen Bedürfnisse der Praxis abgestellt und soll eine Arbeitshilfe zur Lösung der sich in der Fallbearbeitung stellenden strafrechtlichen, aber auch insolvenz-, handels- und gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen bieten. Übersichten und Checklisten sollen die Fallbearbeitung erleichtern. Durch ein detailliertes Inhaltsverzeichnis und ein umfassend angelegtes Stichwortregister sind einzelne Fragestellungen leicht zu finden.

Der Inhalt der Darstellung von Rechtsprechung und Literatur befindet sich auf dem Stand Oktober 2003. Für Anregungen und Hinweise auch auf unveröffentlichte Entscheidungen bin ich sehr dankbar.

München, im Januar 2004

*Christian Pelz*

# beck-shop.de

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XVII
Literaturverzeichnis . . . . .	XXI
<i>1. Teil. Einführung.</i> . . . . .	1
A. Unternehmenskrise und Insolvenzstraftrecht . . . . .	1
I. Unternehmenskrise und Insolvenz . . . . .	1
II. Insolvenzstrafbarkeit . . . . .	2
1. Wesen und Bedeutung der Insolvenzstrafbarkeit . . . . .	2
a) Entwicklung der Insolvenzen . . . . .	2
b) Strafbarkeitsentwicklung . . . . .	3
2. Insolvenzdelikte . . . . .	4
a) Insolvenzdelikte im engeren Sinn . . . . .	4
b) Insolvenzdelikte im weiteren Sinn . . . . .	5
B. Insolvenzrecht und Insolvenzverfahren . . . . .	5
I. Grundbegriffe des Insolvenzrechts . . . . .	5
1. Überschuldung . . . . .	5
a) Begriff der Überschuldung . . . . .	5
aa) Überschuldung nach altem Recht . . . . .	5
bb) Neuregelung des Überschuldungsbegriffs durch das FMStG und das MoMiG . . . . .	6
b) Bilanz und Überschuldungsstatus . . . . .	8
c) Überschuldungsprüfung . . . . .	8
aa) Methode . . . . .	8
(1) Überschuldung nach derzeitiger Rechtslage . . . . .	8
(2) Überschuldung nach alter Rechtslage und ab 1.1. 2014 . . . . .	9
bb) Fortführungsprognose . . . . .	11
cc) Aufstellung des Überschuldungsstatus . . . . .	13
(1) Zu erfassendes Vermögen . . . . .	14
(2) Bewertung . . . . .	17
(3) Eigenkapitalersetzende Leistungen . . . . .	18
d) Beseitigung der Überschuldung . . . . .	21
aa) Kapitalerhöhung . . . . .	21
bb) Rangrücktritt . . . . .	21
cc) Forderungsverzicht . . . . .	22
dd) Patronatserklärung . . . . .	22
2. Zahlungsunfähigkeit . . . . .	22
a) Zahlungseinstellung . . . . .	23
b) Zahlungsunfähigkeit . . . . .	24



c) Abgrenzung zur Zahlungsstockung	27
d) Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	28
aa) Liquiditätsbilanz	28
bb) Liquiditätsplan	29
e) Beseitigung von Zahlungsunfähigkeit	30
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	30
II. Grundzüge des Insolvenzverfahrens	33
1. Einheitliches Insolvenzverfahren	33
2. Antrags- und Eröffnungsverfahren	34
3. Vorläufige und sichernde Maßnahmen	35
4. Insolvenzverwalter	36
5. Insolvenzplanverfahren	36
6. Verbraucherinsolvenzverfahren	37
7. Restschuldbefreiung	38
 2. Teil. Grundlagen des Insolvenzstrafrechts	39
A. Insolvenzrecht und Insolvenzstrafrecht	39
B. Feststellung der Krisensituation im Insolvenzstrafverfahren	41
I. Überschuldung	43
1. Maßgebender Überschuldungsbegriff	43
2. Fortführungsprognose	44
3. Überschuldung und Bilanz	45
4. Überschuldungsstatus	46
5. Massegutachten des Insolvenzverwalters	48
6. Sachverständigengutachten	49
7. Verteidigungs-Checkliste	49
II. Zahlungsunfähigkeit	51
1. Liquiditätsplan	53
2. Liquiditätskennzahlen	53
3. Vermögensgegenüberstellung (Liquiditätsstatus)	55
4. Kriminalistische Methode	56
5. Verteidigungs-Checkliste	58
III. Zahlungseinstellung	59
IV. Drohende Zahlungsunfähigkeit	60
C. Tauglicher Täterkreis	62
I. Bankrottdelikte als Sonderdelikte	62
II. Einzelheiten	64
1. Einzelunternehmer	64
2. Personengesellschaften	64
3. Juristische Personen	65
4. Ausländische Gesellschaftsformen	66
5. Kollegialorgane und Pflichtendelegation	66
a) Kollegialorgane	66
aa) Grundsatz Gesamtverantwortlichkeit	66
bb) Aufgaben- und Zuständigkeitsvereinbarung	66
b) Aufgabendelegation	68
aa) Verantwortlichkeit des Beauftragten	68

bb) Verantwortlichkeit des Beauftragenden	69
5. Faktischer Geschäftsführer und Strohmann	69
a) Faktischer Geschäftsführer	69
aa) Begriff	69
bb) Anwendungsbereich faktischer Geschäftsführung	70
cc) Kriterien faktischer Geschäftsführung	71
b) Strohmann und bestellter Geschäftsführer	74
6. Verbraucherinsolvenz	75
7. Insolvenzverwalter	76
8. Berater	77
 3. Teil. Verletzung von Antrags- und Anzeigepflichten	79
A. Insolvenzverschleppung	79
I. Insolvenzantragspflicht	79
1. Überblick	79
2. Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	80
a) Bis zum 31.10. 2008 geltende Rechtslage	80
b) Rechtslage ab dem 1.11. 2008	80
c) Sonderbestimmungen für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	82
3. Unterlassene oder nicht rechtzeitige Insolvenzantragstellung	83
a) Insolvenzantragsfrist	83
b) Beginn der Antragsfrist	84
c) Ende der Insolvenzantragspflicht	86
4. Nicht richtige Insolvenzantragstellung	87
5. Antragspflichtige Personen	91
a) Sonderdelikt und Teilnahme	91
b) Rechtslage bis zum 31.10. 2008	92
c) Rechtslage ab dem 1.11. 2008	93
aa) Antragspflicht für Vertretungsorgane	93
bb) Antragspflicht bei Führungslosigkeit	93
d) Mehrere Geschäftsführer	95
e) Beginn der Verantwortlichkeit	95
f) Ende	96
6. Sonderfall: Doppelstöckige Gesellschaften, insbes. GmbH & Co.	97
II. Subjektiver Tatbestand	100
1. Vorsatz	100
2. Fahrlässigkeit	101
III. Irrtum	102
B. Verlustanzeigepflicht § 84 Abs.1 Nr. 1 GmbHG	103
I. Allgemeines	103
II. Anzeigepflicht	104
1. Verlust der Hälfte des Stammkapitals	104
2. Anzeige	105
C. Ad-hoc Meldepflicht § 38 Abs.1 Nr. 4 WpHG	106

4. Teil. Bankrott delikte § 283 StGB	109
A. Wesen und Bedeutung der Bankrott delikte	109
B. Unternehmenskrise und Strafbarkeitsbedingung	109
I. Krisensituation und Tathandlung	109
1. Bestehende Krisensituation § 283 Abs.1 StGB	109
2. Herbeiführen der Krise § 283 Abs.2 StGB	110
II. Objektive Strafbarkeitsbedingung § 283 Abs.6 StGB	111
1. Rechtsnatur der objektiven Strafbarkeitsbedingung	111
2. Einzelne Strafbarkeitsbedingungen	113
a) Vorliegen der Strafbarkeitsbedingung	113
b) Strafbarkeitsbedingung und Vorsatz	113
3. Zusammenhang zwischen Tathandlung und objektiver Strafbarkeitsbedingung	114
a) Art des Zusammenhangs	114
b) Einzelfälle	115
aa) Gläubigeridentität	115
bb) Großer Zeitabstand	115
cc) Fortdauernder Mangel	116
dd) Nachholung	116
ee) Überwindung der Krise	117
C. Tathandlungen	119
I. Beiseiteschaffen und Verheimlichen § 283 Abs.1 Nr. 1 StGB	119
1. geschützte Vermögensbestandteile	119
2. Beiseiteschaffen § 283 Abs.1 Nr. 1 Alt. 1 StGB	121
a) Tathandlung	121
b) Einzelfälle	122
c) Sonderfall: eigenkapitalersetzende Leistungen	124
d) Einschränkung: ordnungsgemäßes Wirtschaften	127
aa) Begriff	128
bb) Einzelfälle	129
(1) Austauschgeschäfte	129
(2) Erfüllung fälliger Verbindlichkeiten	130
(3) Entnahmen	130
3. Verheimlichen	131
4. Zerstören, Beschädigen und Unbrauchbarmachen	132
II. Unwirtschaftliches Verhalten und Scheingeschäfte	133
1. Verlust-, Spekulations- und Differenzgeschäfte § 283 Abs.1 Nr. 2 StGB	133
a) Verlustgeschäfte	133
b) Spekulationsgeschäfte	133
c) Differenzgeschäfte	134
d) Anforderung einer ordnungsgemäßen Wirtschaft	134
2. Spiel, Wette und Unwirtschaftliche Ausgaben § 283 Abs.1 Nr. 2 StGB	135
a) Spiel und Wette	135
b) Unwirtschaftliche Ausgaben	135
aa) Ausgaben	135
bb) Unwirtschaftlichkeit	136

c) Verbrauch oder Schuldigwerden übermäßiger Beträge . . . . .	137
aa) Verbrauch oder Schuldigwerden . . . . .	138
bb) Übermäßige Beträge . . . . .	138
3. Warenbeschaffung auf Kredit § 283 Abs.1 Nr. 3 StGB . . . . .	138
4. Scheingeschäfte § 283 Abs.1 Nr. 4 StGB . . . . .	140
5. Sonstiges Verringern § 283 Abs.1 Nr. 8 StGB . . . . .	142
a) Verringern . . . . .	142
b) Verheimlichen oder Verschleiern . . . . .	143
D. Versuch § 283 Abs.3 StGB . . . . .	145
E. Subjektiver Tatbestand . . . . .	146
I. Vorsatz . . . . .	146
II. Fahrlässigkeit § 283 Abs.4, 5 StGB . . . . .	148
1. Fahrlässige Unkenntnis oder leichtfertige Herbeiführung der Krise § 283 Abs.4 StGB . . . . .	148
a) Fahrlässige Unkenntnis § 283 Abs.4 Nr. 1 StGB . . . . .	148
b) Leichtfertige Herbeiführung § 283 Abs.4 Nr. 2 StGB . . . . .	149
2. Fahrlässige Tathandlung § 283 Abs.5 StGB . . . . .	149
F. Strafraumen . . . . .	151
I. Regelfall § 283 StGB . . . . .	151
II. Besonders schwere Fälle des Bankrotts § 283a StGB . . . . .	151
1. Strafzumessungsregel . . . . .	151
2. Regelfälle . . . . .	151
a) Gewinnsucht § 283a Satz 2 Nr. 1 StGB . . . . .	151
b) Gefährdung vieler Personen § 283a Satz 2 Nr. 2 StGB . . . . .	152
aa) Viele Personen . . . . .	153
bb) Gefahr des Vermögensverlusts § 283a Satz 2 Nr. 2 1. Alt. StGB . . . . .	153
cc) Verursachen wirtschaftlicher Not § 283a Satz 2 Nr. 2, 2. Alt. StGB . . . . .	153
c) Sonstige besonders schwere Fälle . . . . .	154
G. Irrtum . . . . .	154
H. Verjährung . . . . .	155
 5. Teil. Buchführungs- und Bilanzdelikte . . . . .	157
A. Bedeutung von Buchführungs- und Bilanzdelikten . . . . .	157
B. Buchführungs- und Bilanzierungsdelikte in der Krise, § 283 Abs.1 Nr. 5–7 StGB . . . . .	158
I. Unterlassene oder mangelhafte Buchführung § 283 Abs.1 Nr. 5 StGB . . . . .	158
1. Täter . . . . .	158
2. Inhalt der Buchführungspflichten . . . . .	160
3. Tathandlungen . . . . .	161
a) Unterlassene Buchführung . . . . .	161
b) Mangelhafte Buchführung . . . . .	162
c) Erschwerung der Übersicht . . . . .	164
d) Tathandlung und objektive Strafbarkeitsbedingung . . . . .	164
II. Unterdrückung von Handelsbüchern § 283 Abs.1 Nr. 6 StGB . . . . .	165

1. Täterkreis .....	165
2. Tathandlung .....	166
III. Bilanzdelikte in der Krise § 283 Abs.1 Nr. 7 StGB .....	167
1. Täterkreis .....	167
2. Bilanz und Inventar .....	167
a) Bilanz .....	167
b) Inventar .....	167
3. Mangelhafte Bilanzierung § 283 Abs.1 Nr. 7a StGB .....	168
a) Tathandlung .....	168
aa) Aufstellung der Bilanz .....	168
bb) Bilanzierungsgrundsätze .....	169
cc) Einzelfälle .....	170
b) Erschwerung der Übersicht .....	170
4. Nicht rechtzeitige Bilanzierung § 283 Abs.1 Nr. 7b StGB ....	171
a) Tathandlung .....	171
aa) Bilanzierungsfristen .....	172
bb) Frist zur Aufstellung des Inventars .....	174
b) Möglichkeit der Bilanzerstellung .....	175
c) Tathandlung und Krisensituation .....	177
5. Verteidiger-Checkliste .....	179
C. Verletzung der Buchführungs- und Bilanzierungspflicht außerhalb	
der Krise § 283b StGB .....	179
I. Bedeutung der Vorschrift .....	179
II. Tatbestand .....	180
1. Täterkreis .....	180
2. Tathandlung .....	180
D. Unrichtige Darstellung § 331 HGB .....	181
E. Sonstige Bilanzierungs- und Buchführungsverstöße .....	184
I. Falsche Angaben § 82 Abs.2 Nr. 2 GmbHG .....	184
II. Verstoß gegen die Pflicht zur Führung eines Baubuchs	
§ 6 GSB a.F. ....	185
6. Teil. Begünstigungshandlungen .....	187
A. Gläubigerbegünstigung § 283c StGB .....	187
I. Tathandlung .....	187
1. Gläubigerstellung .....	187
2. Gewähren einer Sicherheit oder Befriedigung .....	189
a) Sicherheit .....	189
b) Befriedigung .....	190
c) Gewähren .....	190
3. Inkongruente Deckung .....	191
a) Fehlender Anspruch .....	192
b) Nicht in der Art .....	192
c) Nicht zu der Zeit .....	193
4. Begünstigung vor anderen Gläubigern .....	194
II. Subjektiver Tatbestand .....	194
1. Vorsatz .....	194

2. Begünstigungsabsicht	195
III. Teilnahme	195
B. Schuldnerbegünstigung § 283d StGB	196
 7. Teil. Internationales Insolvenzrecht	199
A. Grundzüge des internationalen Insolvenzrechts	199
B. Internationales Strafrecht und internationale Insolvenzen	201
I. Inländische Insolvenz über ausländische Gesellschaft	201
1. Insolvenzverschleppung	202
a) alte Rechtslage bis Inkrafttreten MoMiG	202
b) Insolvenzantragspflicht nach § 15a Abs.1 InsO	202
aa) Nicht-EU-Auslandsgesellschaften	203
bb) EU-Auslandsgesellschaften	203
(1) Gesellschaftsrechtliche Verpflichtung	204
(2) Insolvenzrechtliche Qualifikation	204
(3) Eigene Auffassung	205
cc) Umgehung von Insolvenzantragspflichten durch Sitzverlegung	206
dd) Deutsche Gesellschaften mit Auslandstätigkeit	206
2. Bankrottdelikte	207
3. Bilanz- und Buchführungsdelikte	207
4. Untreue	209
II. Ausländische Insolvenz	212
 8. Teil. Andere Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzen	215
A. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsengelt § 266a StGB	215
I. Bedeutung der Vorschrift	215
II. Tathandlung	215
1. Sozialversicherungsbeiträge	216
2. Vorenthalten	218
a) Begriff des Vorenthaltens	218
b) Fälligkeit	219
aa) Grundsatz	219
bb) Stundung § 76 SGB IV	219
cc) Stillschweigende Duldung und Verzicht auf Beitreibung	220
c) Teilzahlungen	221
d) Möglichkeit der Zahlung	223
aa) Grundsatz	223
bb) Vorrang der Beitragspflicht	224
cc) Vorsorgepflicht	228
dd) Unzumutbarkeit	231
3. Täter	232
4. Vorsatz	234
III. Besonders schwere Fälle § 266a Abs.4 StGB	235
IV. Absehen von Strafe § 266a Abs.6 StGB	237
V. Konkurrenzen	239
B. Betrug § 263 StGB	239

I. Täuschungshandlung	240
1. Ausdrückliche Täuschung	240
2. Konkludente Täuschung	240
a) Zahlungswilligkeit	241
b) Zahlungsfähigkeit	241
II. Irrtum	245
III. Vermögensverfügung	245
IV. Schaden	245
V. Täterschaft	247
VI. Betrugshandlungen bei Kapitalbeschaffung	249
1. Betrug § 263 StGB	249
2. Kreditbetrug § 265b StGB	250
VII. Untreue (§ 266 StGB)	252
1. Vermögensbetreuungspflicht	252
2. Pflichtverletzung	253
3. Einverständnis der Gesellschafter	254
4. Abgrenzung zu Bankrottstraftaten	255
C. Straftaten im Zusammenhang mit der Zwangsvollstreckung	257
I. Vereitelung der Zwangsvollstreckung § 288 StGB	257
II. Pfandkehr § 289 StGB	259
III. Verstrickungsbruch § 136 StGB	260
D. Falsche Versicherung an Eides statt §§ 156, 163 StGB	261
E. Steuerstraftaten	262
I. Steuerhinterziehung § 370 AO	262
1. Steuerhinterziehung § 370 AO	262
2. Selbstanzeige § 371 AO	264
II. Leichtfertige Steuerverkürzung § 378 AO	264
F. Zweckwidrige Verwendung von Baugeld § 2 BauFordSiG	265
G. Kapitalmarktrechtliche Verpflichtungen	267
 9. Teil. Straftaten bei der Sanierung	269
A. Sanierungsmöglichkeiten	269
B. Sanierungsvergleich	270
C. Vermögensübertragungen bei der Sanierung	272
D. Scheinsanierung und Aushöhlung	276
E. Gründungsschwindel	277
F. „Firmenbestattung“	279
 10. Teil. Strafbarkeitsrisiken des Beraters und Insolvenzverwalters	281
A. Strafbarkeit des Beraters	281
I. Berater als Täter oder Teilnehmer	281
1. Täterschaft	281
2. Teilnahme	282
II. Einzelne Delikte	284
1. Insolvenzverschleppung	284
2. Buchführung und Bilanzierung	285
3. Gläubigerbegünstigung und andere Bankrottshandlungen	287

B. Insolvenzverwalter	288
I. Grundlagen	288
II. Einzelne Straftaten	290
1. Buchführungs- und Bilanzdelikte	290
2. Steuerdelikte	290
3. Vorenthalten von Arbeitsentgelt	290
4. Untreue	291
5. Umweltdelikte	292
6. Strafvereitelung, Begünstigung	293
 11. Teil. Insolvenzstrafverfahren	295
A. Ermittlungsverfahren	295
I. Einleitung von Insolvenzstrafverfahren	295
II. Informationsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft	296
1. Informationsquellen	296
2. Grenzen der Informationsbeschaffung	297
a) Steuergeheimnis § 30 AO	298
b) Sozialgeheimnis § 35 Abs.1 SGB I	298
c) Zeugnisverweigerungsrecht von Beratern § 53 StPO	299
aa) Umfang	299
bb) Entbindung	300
3. Durchsuchung und Beschlagnahme	301
4. Verwertungsverbote	304
a) Verwertungsverbot nach § 97 Abs.1 InsO	304
b) Verwertungsverbot nach § 393 Abs.2 AO	305
c) Fernwirkung	306
III. Sachverständige und Wirtschaftsreferenten	306
IV. Akteneinsichtsrecht des Insolvenzverwalters	307
B. Verfahrensabschluss	308
C. Folgen einer Verurteilung	309
I. Berufsverbot § 70 StGB	309
II. Ausschluss als Geschäftsführer § 6 Abs.2 Satz 3 GmbHG	310
III. Gewerbeuntersagung § 35 GewO	312
IV. Restschuldbefreiung § 297 InsO	313
 Stichwortverzeichnis	315